

Aussagekraft daher begrenzt ist, hoben die Autoren der Studie hervor, dass die gute Platzierung zurückzuführen sei auf den angemessenen gesetzlichen Rahmen, die strikten Umweltvorschriften, die zahlreichen Investitionen beim Umweltschutz, die effiziente Regierungsarbeit sowie die geringe Korruption.

Doch nicht nur in der Politik, sondern auch in der Bevölkerung Chiles kann man mittlerweile ein stärkeres Bewusstsein für den Klimaschutz erkennen. Eine Meinungsumfrage des renommierten Instituts CEP von Ende 2010 belegt, dass mittlerweile mehr als 50 Prozent der Chilenen sich wegen der Umwelt Sorgen machen. Die Umfrage stellt aber auch ein besorgniserregendes und paradoxes Bild dar: Obwohl sich innerhalb der chilenischen Bevölkerung das Umweltbewusstsein verbreitet hat, ist nur eine Minderheit auch bereit, sich aktiv für den Klimaschutz zu engagieren. Nur 24 Prozent der Befragten gaben an, dass sie recyceln würden, nur zwölf Prozent sind bereit, auf ihr Auto zum Wohle der Umwelt zu verzichten, und nur 34 Prozent sind willens, höhere Steuern für den Klimaschutz zu zahlen. Eine Veränderung der Gewohnheiten und der Verhaltensweisen der Bevölkerung wird somit eine Grundvoraussetzung sein, um in Zukunft das Problem des Klimawandels umfassend angehen zu können.

In diesem Sinne kommt auch den Akteuren aus Deutschland eine wichtige Rolle zu. Gegenwärtig bemüht sich die GIZ, das Bewusstsein in Chile für den Einsatz Erneuerbarer Energien zu steigern, während die Deutsch-Chilenische Industrie- und Handelskammer (CAMCHAL) mit einem jährlichen Forum über Erneuerbare Energien versucht, deutsche Firmen auf den chilenischen Markt zu bringen. Hervorhebenswert ist auch die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung, die mit einer Reihe von Veranstaltungen und Publikationen einen wichtigen Beitrag leistet, damit der politische Wille zum Klimaschutz von der höchsten Autorität des Landes bis hin zu den lokalen Behörden zum Ausdruck kommt. Vermittelt wird dabei insbesondere die Tatsache, dass der Klimaschutz zahlreiche positive Möglichkeiten bieten kann, wie zum Beispiel eine stärkere Modernisierung und Entwicklung der Wirtschaft sowie eine allgemeine Verbesserung des Wohlstandes der Bevölkerung. Wirtschaftswachstum und Klimaschutz schließen sich nämlich nicht gegenseitig aus – ganz im Gegenteil, denn Letzteres ist eine Voraussetzung für nachhaltiges Wachstum und Wohlstand. Die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, die einen Ausgleich zwischen ökonomischen und ökologischen Zielsetzungen bieten, indem der Umweltschutz mit marktwirtschaftlichen Mitteln durchgesetzt wird, sind auch für Länder wie Chile von hoher Relevanz.

COSTA RICA

Jana Rauch

KLIMAWANDEL UND KLIMAPOLITIK IN COSTA RICA: ZWISCHEN TROPENSTÜRMEN UND CO₂-NEUTRALITÄT?

Vergleicht man den Zeitraum 1991 bis 2007 mit den Jahren 1961 bis 1990, so wird deutlich, dass in Costa Rica sowohl die Intensität der Regenfälle als auch die Durchschnittstemperatur (+0,3 Grad Celsius) zugenommen haben. Extreme Wetterereignisse wie Starkregen, Dürren und Tornados treten heute häufiger auf als vor 1990. Auf regionaler Ebene wurde eine Abnahme der Häufigkeit von Kaltfronten sowie eine leichte Zunahme von Tropenstürmen verzeichnet. Generell wird für die nächsten Jahre eine kontinuierliche Abnahme der Regenfälle im Norden des Landes (-11,5 Prozent in 2100) kombiniert mit einer kontinuierlichen Zunahme der Regenfälle im Süden Costa Ricas (+2,4 Prozent in 2100) prognostiziert. Bis 2100 ist mit einer durchschnittlichen Temperaturerhöhung um 3,4 Grad Celsius zu rechnen.

DIE „NATIONALE STRATEGIE GEGEN DEN KLIMAWANDEL“

Costa Rica ratifizierte 1994 die Klimakonvention der Vereinten Nationen. Seit 1995 ist die Oficina Costarricense de Implementación Conjunta (OCIC) für Projekte im Rahmen des Clean Development Mechanism des Kyoto-Protokolls zuständig. Das Umweltministerium MINAET verfügt über eine Direktion für Klimawandel. Die Nationale Strategie gegen den Klimawandel wurde Ende 2007 beschlossen und umfasst fünf Handlungsfelder: Bildung und Sensibilisierung, Kapazitäten und Technologietransfer, Messung von Emission und Bindung von Treibhausgasen, Anpassung, sowie Reduktion von Treibhausgasen. Bestandteil des letztgenannten Handlungsfeldes ist das Vorhaben, bis 2021 als Land CO₂-neutral zu sein. Im Auftrag des MINAET hat die renommierte costaricanische Wirtschaftshochschule INCAE eine Machbarkeitsstudie über die Möglichkeiten der Verringerung der Emission von Treibhausgasen in Costa Rica erstellt, deren Ergebnisse seit April 2010 vorliegen.



Nationalpark Tortuguero an der nördlichen Karibikküste.

Danach würde die skizzierte Umsetzung der Strategie eine Investition von ca. acht Milliarden US-Dollar innerhalb der nächsten 20 bis 30 Jahre (Costa Ricas BIP lag 2009 bei knapp 30 Milliarden US-Dollar) erfordern, um CO₂-neutral zu sein.

Die nächsten Schritte der Regierung bestehen nach Vizeumwelt- und Energieminister Andrei Bourrouet darin, die Finanzierungsfrage zu klären. Während COP15 hätten einige Staaten ihr Interesse an der Idee bekundet, Costa Rica könne als CO₂-neutrales Pilotprojekt ein Beispiel für andere kleine Schwellenländer sein. Die norwegischen Verhandlungsführer hätten Costa Rica eine eventuelle Ko-Finanzierung angeboten.

Das Umweltministerium strebt gemeinsam mit der Internationalen Standardisierungsorganisation ISO die Entwicklung eines Messverfahrens zur Emission und Speicherung von Treibhausgasen an. Die zukünftige Marke „C-Neutral“ solle sich im Besitz des MINAET befinden. Die CO₂-Neutralität sei also laut Bourrouet nicht nur ökologisch und moralisch wertvoll, sondern auch ein sehr gutes Geschäft für Costa Rica. Auch die nationale Wirtschaftstageszeitung *La República* stellt fest, eine eventuelle CO₂-Neutralität werde das grüne Image des Landes zusätzlich aufpolieren und Tourismus, Export und ausländischen Direktinvestitionen zu Gute kommen.

DIE KRITIK DER NICHTSTAATLICHEN UMWELTORGANISATIONEN

Der Dachverband der costaricanischen Umweltschutzorganisation FECON hält es generell für unethisch, aus einer globalen Notsituation wie dem Klimawandel Gewinn schlagen zu wollen. Zudem basiere die Kon-

zeption der nationalen Klimastrategie auf einem zu verwerfenden Entwicklungsmodell, welches die Natur als handelbares Gut verstünde.

In Bezug auf Aufforstungen als ein Instrument der Strategie konstatiert FECON, dass mittels der Anlage kommerzieller Monokulturen nicht nachhaltig CO₂ gebunden würde. Die Logik, Waldschutz gegen Emissionen aufzurechnen, sei nur dann kohärent, wenn der geschützte Wald ohne die entsprechende Initiative sofort gefällt werden würde. Bereits zuvor unter Schutz gestellten Wald gegen unveränderte Emissionen einzutauschen und sich dafür feiern zu lassen sei verlogen. Die Strategie gegen den Klimawandel dürfe sich folglich nicht auf Aufforstungen konzentrieren, sondern müsse in erster Linie die Reduktion von Emissionen zum Ziel haben. Was die konkrete Umsetzung der Strategie angeht, bemängeln die Umweltschützer, es fehle bis dato an konkreten Maßnahmen und Verpflichtungen. Zusätzlich ließe die Entwicklung von Qualitätsstandards und eines Monitoring- und Evaluationssystems auf sich warten.

AMBITIONEN DER COSTARICANISCHEN REGIERUNG BEZÜGLICH COP16

Die Beauftragte für Klimaschutz der Vereinten Nationen, Christina Figueres, ist Costaricanerin. Ihre Expertise im Thema wird sowohl von Schwellen- als auch von Industrieländern und transnationalen Umweltorganisationen geschätzt. Dies würde dazu beitragen, dass Costa Rica aktuell auf internationaler Ebene einen so guten Ruf in Klimathemen habe, dass er selbst sich darüber wundere, so Vizeminister Bourrouet. Auch die Tatsache, dass das Land den Trend fortschreitender Entwaldung mittels des Instrumentes „Zahlungen für Umweltdienstleistungen“ in Aufforstung umgekehrt habe, fördere seine Glaubwürdigkeit.

Lieblingsthema des costaricanischen Außenministers René Castro ist die internationale Umweltpolitik. Im Vorfeld von COP16 besuchte Castro beispielsweise China und Indien, um die Interessen der beiden Schwellenländer bezüglich der Konferenz kennenzulernen. Als eines der 30 Mitglieder der so genannten Cartagena-Gruppe trieb Costa Rica die Formulierung einer gemeinsamen Position voran. Zusätzlich zum Treffen mit Christina Figueres reiste Castro nach Mexiko, wo er seine aktive Unterstützung für die Vorbereitung von COP16 anbot.

Costa Rica hatte sich von COP16 starke Reduktionsverpflichtungen, ein rechtlich verbindliches internationales Abkommen sowie Gelder zur Finanzierung der costaricanischen Klimaschutzstrategie erhofft.

Die costaricanische Delegation empfahl die Verabschiedung des Abschlussdokumentes der Konferenz, da dieses, wenn auch kein „perfekter Text“, um einiges ambitionierter sei, als man erwartet habe. Somit sei das wichtigste Ergebnis von COP16, dass der in Kopenhagen verloren geglaubte Schwung der Verhandlungen nun endlich zu spüren sei, so der Außenminister. Die costaricanische Tageszeitung *La Nación* sprach von einem historischen Verhandlungsabschluss.

FAZIT

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der Klimawandel in Costa Rica thematisiert wird. Es bestehen Kapazitäten in den Bereichen meteorologische Messung und Prognose, Entwicklung von Reduktions- und Anpassungsstrategien sowie Projektion auf internationaler Ebene und Verhandlungen. Für die Finanzierung der CO₂-Neutralität fehlen finanzielle Mittel. Die Herangehensweise der Regierung basiert

wie meist in der costaricanischen Umweltpolitik auf den Konzepten der ökologischen Modernisierung und den Environmental Economics. Dies wird von der Umwelt-NGO-Szene sowohl konzeptionell als auch in der Praxis stark hinterfragt.

Das Vorhaben wird außerdem von der Regierung genutzt, um sich auf internationaler Ebene zu profilieren. Aber mehr als das: Der aktuelle Außenminister und seine Delegation setzten sich aktiv für einen positiven Verlauf und Abschluss der Verhandlungen in Cancún ein. Diese erfreuliche Tatsache wird sicherlich auch die nächsten drei Jahre von Castros Amtszeit bestehen bleiben.

Inwieweit die Umsetzung der nationalen Klimastrategie funktioniert, bleibt abzuwarten. Sollte es Costa Rica gelingen, seine Emission von Treibhausgasen zu reduzieren und unabhängig davon seinen Waldschutz aufrechtzuerhalten, werden dies sicherlich alle Beteiligten sehr begrüßen.

MEXIKO

Frank Priess

WER NICHTS ERWARTET, IST MIT WENIG ZUFRIEDEN. KLIMAGIPFEL IN CANCÚN SCHEITERT NICHT, ABER REICHT DER ERFOLG?

Viel Lob erhielten Mexiko als Gastgeber und Außenministerin Patricia Espinosa als Präsidentin der letzten Klimakonferenz (COP16) in Cancún (Mexiko). Einer geschickten Steuerung der Konferenz mit einem Gastgeber, der sich stets konstruktiv und vertrauensbildend verhielt und sich bewusst nicht in den Vordergrund drängte, habe zum Erfolg der Konferenz wesentlich beigetragen, so Teilnehmer. UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon schloss sich diesem Lob ausdrücklich an. Mexiko und seiner eher leisen Außenpolitik tut diese Anerkennung gut, wird sie doch immer mit dem eher lautstarken Brasilien verglichen. Auch kommt das von Narco-Gewalt gebeutelte Land endlich einmal mit positiven Nachrichten in die internationalen Schlagzeilen.

Schon bei der Eröffnung der COP16 am 29. November hatte sich Präsident Felipe Calderón gegen das „falsche Dilemma“ ausgesprochen, Wachstum und Klimaschutz als Gegensätze zu sehen. „Es ist absolut

möglich, die Emission klimaschädlicher Gase zu reduzieren und gleichzeitig nicht nur ökonomisches Wachstum aufrechtzuerhalten, sondern vielmehr neue Formen der Produktivität, des Wachstums und der Schaffung von Arbeitsplätzen in einer grünen Entwicklung, einem grünen Wachstum und Nachhaltigkeit zu generieren.“ Der Armutsbekämpfung, so Calderón vor den Vertretern von 194 Teilnehmerstaaten, komme dabei höchste Bedeutung zu. In der Zeitschrift *Die Politische Meinung* der Konrad-Adenauer-Stiftung hatte Calderón schon zuvor geschrieben, dass die Kosten für ein Nicht-Handeln höher seien als die für gezielte Aktionen: Im Falle Mexiko wären ohne Klimaschutz Umweltschäden in Höhe von sechs Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erwarten gewesen, die kontinuierlichen Kosten für Mitigationsmaßnahmen lägen lediglich bei 0,56 Prozent.

Klimaschutz ist für den Präsidenten eine erklärte Priorität. Immer wieder nahm er internationale Treffen zum Anlass, die Gemeinschaft der Staaten an ihre gemeinsame Verantwortung zu erinnern, zuletzt beim G-20-Gipfel im kanadischen Toronto, dem Treffen der afrikanischen Staatschefs in Ugandas